Herausforderungen des Ausbaus von Elektrizitätsnetzen

23. Januar 2014

CLIFFORD
CHANCE

Dr. Mathias Elspaß

Vortragsgliederung

I. Ziele der Energiewende
II. Ausbaubedarf
III. Übertragungsnetzbetreiber
IV. Beispiel aus der Praxis
V. Planfeststellung
VI. Gesetzliche Grundlagen
VII. Materiell-rechtliche Anforderungen
VIII. Abwägungsentscheidung
IX. Zuletzt: Inanspruchnahme von Grundstücken

I. Ziele der Energiewende

Anteil Erneuerbarer Energien am Strommarkt

- Bis 2025 → 40 bis 45 %
- Bis 2035 → 55 bis 60 %
- Bis 2050 → ca. 80 %

Zentraler Pfeiler der Umsetzung ist die Windenergie

Aufgrund der topographischen Lage der Windparks erfordert die Energiewende massiven und schnellen Netzausbau insb. im Übertragungsnetzbereich

II. Ausbaubedarf (1)

Übertragungsnetz

Dena- Netzstudie I (Februar 2005)

Umfang	Bis	Anlass
850 km Neubau	2015	Integration Erneuerbarer Energien
400 km Verstärkung	2015	Integration Erneuerbarer Energien

Dena- Netzstudie II (November 2010)

Szenario	Umfang	Bis	Kosten
Basisszenario	3600 km Freileitungen	2020 (2025)	950 Mio. Euro jährlich
TAL- Szenario	1700 km Neubau; 5700 km Umrüstung	2020	1,6 Mrd. Euro jährlich
HGÜ- Szenario	3400 km Erdkabel	2020	2 Mrd. Euro jährlich

II. Ausbaubedarf (2)

Verteilnetz

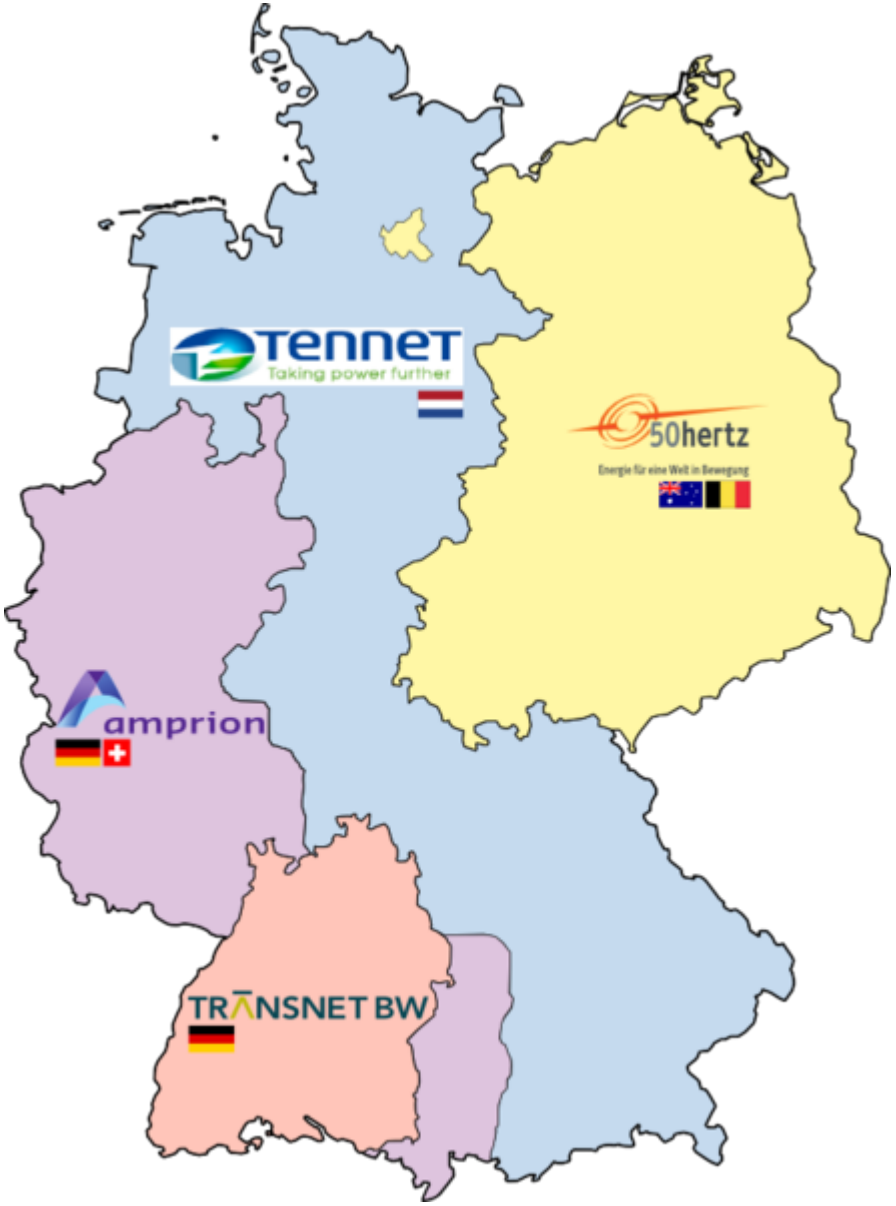
Dena- Verteilnetzstudie (Ausbauszenario B des Netzentwicklungsplans Strom 2012)

	Bis 2020	Bis 2030
Hochspannungsnetze	6.200 km + Umrüstung von 19.200 km	11.100 km + Umrüstung von 25.000 km
Mittelspannungsnetze	42.900 km	72.100 km
Niederspannungsnetze	44.700 km	51.600 km
Investitionsbedarf	ca. 18 Mrd. Euro	ca. 27,5 Mrd. Euro

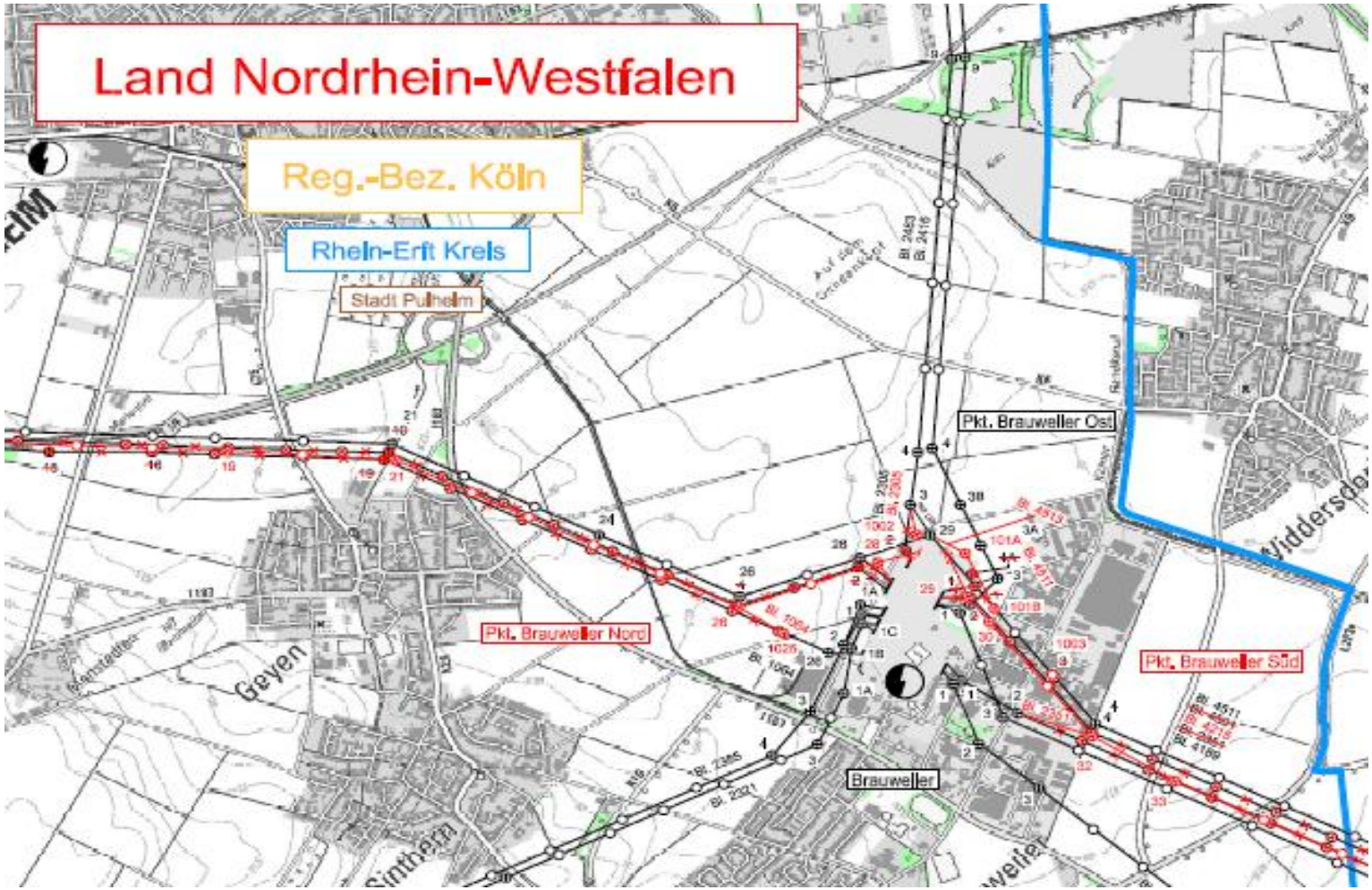
Dena- Verteilnetzstudie (Ausbauziele der Bundesländer, 2012)

	Bis 2020	Bis 2030
Hochspannungsnetze	10.300 km + Umrüstung von 14.600 km	18.400 km + Umrüstung von 21.000 km
Mittelspannungsnetze	71.000 km	117.200 km
Niederspannungsnetze	47.600 km	57.300 km
Investitionsbedarf	ca. 27 Mrd. Euro	ca. 42,5 Mrd. Euro

III. Übertragungsnetzbetreiber



IV. Beispiel aus der Praxis



V. Planfeststellung

- Planfeststellungsverfahren ist das Genehmigungs-verfahren für größere Infrastrukturvorhaben (z.B. auch Straßen, Schienenwege Gewässerausbauten), die eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Interessen berühren.
- Im Verfahren und der abschließenden Entscheidung – dem Planfeststellungsbeschluss – findet eine umfassende Abwägung aller durch das Vorhaben betroffenen Belange mit den für das Vorhaben sprechenden Argumenten statt.
- Ziel des Verfahrens ist es, zu einer allseitig gerechten Lösung zu kommen.
- Erfordernis einer Planrechtfertigung

VI. Gesetzliche Grundlagen

- Übertragungsnetz
  - **EnWG** (Energiewirtschaftsgesetz)

    §§ 43 ff. (Planfeststellung)
  - **EnLAG** (Energieleitungsausbaugesetz)
  - **NABEG** (Netzausbaubeschleunigungsgesetz)
- Verteilnetz
  - **EnWG**

    §§ 43 ff. (Planfeststellung)

VI. Energiewirtschaftsgesetz (§ 43 ff. EnWG)

- Planfeststellung für
  - Hochspannungsfreileitungen mit 110 kV oder mehr
  - Anbindungsleitungen Offshore (Seekabel)
  - „Küstennahe“ Erdkabel und Freileitungen
  - Grenzüberschreitende HGÜ- Leitungen im Küstenbereich
  - Erdkabel 110 kV
  - Nebenanlagen

VI. Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)

- Einführung 2009, erste Novelle Anfang 2011
- Bedarfsplan für 24 vordringliche 380 kV-Vorhaben (gesetzliche Bedarfsfestlegung)
- Pilotstrecken für Erdkabel
- Monitoring durch BNetzA; Stand Ende 2013:
  - 268 km von 1.834 km Leitungen realisiert (15 %)
  - Bis 2016 ca. 50 % erwartet
  - 15 von 24 Vorhaben vss. Zeitverzug zwischen 1 und 5 Jahren
- Nord-Süd Gefälle der Verfahrensdauer

VI. Bundesbedarfsplanung

- Bisher: gesetzliche Bedarfsfeststellung für Leitungen nur im EnLAG
- Jetzt zusätzlich: Bundesbedarfsplanung nach dem EnWG (§§ 12a ff. EnWG)
  - Mehrstufiger Prozess
  - Aufteilung zwischen ÜNB, BNetzA und Gesetzgeber
  - 1. Stufe: Szenariorahmen
  - 2. Stufe: Netzentwicklungsplan
  - 3. Stufe: Bundesbedarfsplan, Erlass als BundesG
- Wirkung der Aufnahme von Vorhaben
  - Bindende Feststellung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit und des vordringlichen Bedarfs (Planrechtfertigung)
  - Teilweise: Eröffnung eines besonderen Zulassungsregimes → „NABEG-Vorhaben“

VI. Zulassungsregime des NABEG

- Zielsetzung und Anwendungsbereich des NABEG
  - Beschleunigung des Ausbaus der im Bundesbedarfsplan nach § 12 e Abs. 4 EnWG gekennzeichneten länderübergreifenden oder grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen

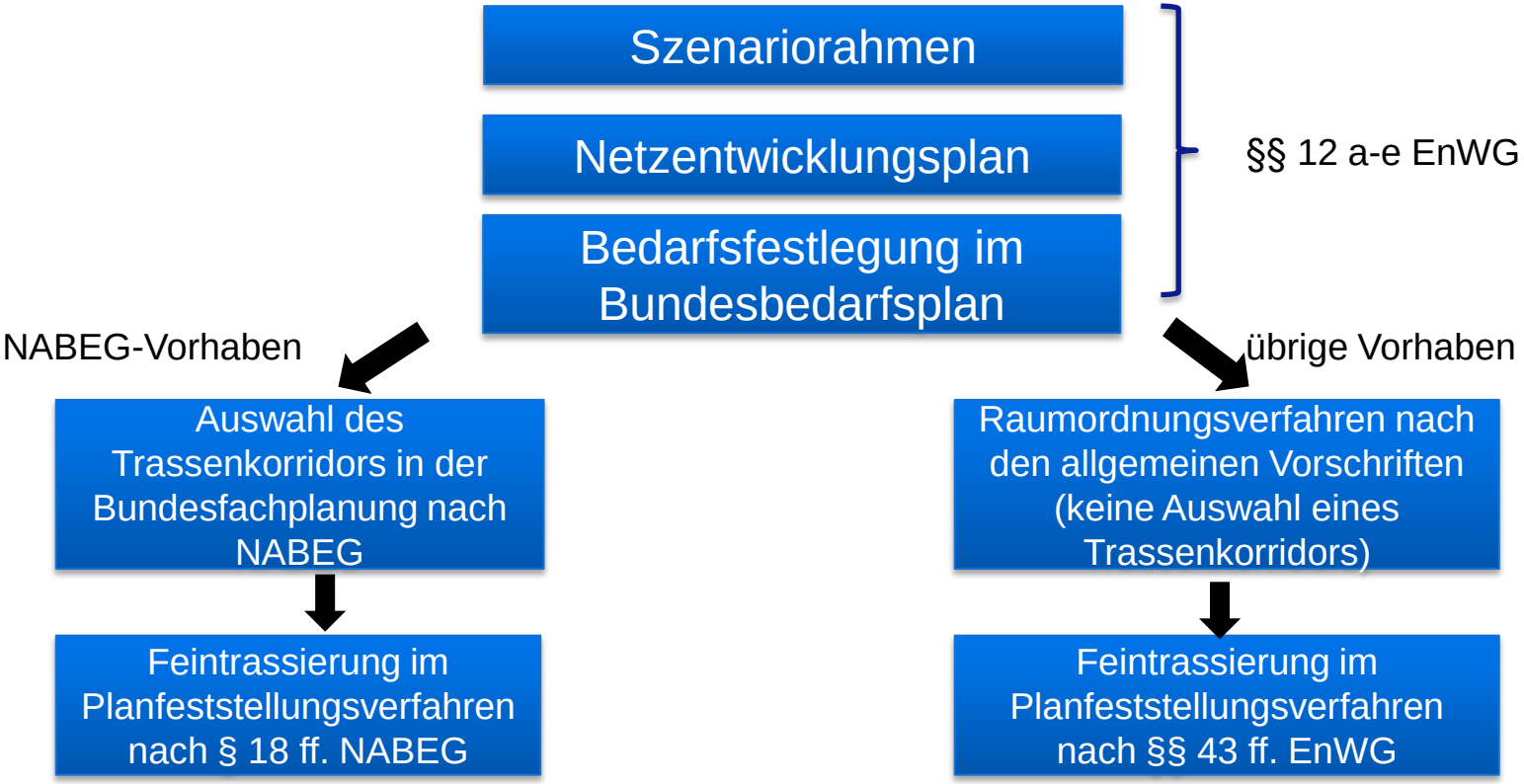
- Dreistufiges Planungssystem für Höchstspannungsleitungen
  - 1.Stufe: **Bundesbedarfsplan** durch Bundesgesetz (§ 12 e Abs. 4 EnWG; Feststellung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit und des vordringlichen Bedarfs)
  - 2. Stufe: „**Bundesfachplanung**“ durch BNetzA (§§ 4–17 NABEG; Bestimmung der Trassenkorridore)
  - 3. Stufe: **Planfeststellung** (§§ 18–27 NABEG; Zulassung der Errichtung und des Betriebs der Leitungen - Feintrassierung) durch BNetzA bzw. Landesbehörden

VI. NABEG: Bundesfachplanung und Planfeststellung

- Bundesfachplanung
  - Festlegung von Trassenkorridoren im Bundesgebiet
  - Einheitliche Bestimmung durch Bundesnetzagentur (BNetzA): kein „Flickenteppich“
  - Kein isoliertes Raumordnungsverfahren mehr notwendig
  - Bindungswirkung für nachfolgende Planfeststellung

- Planfeststellung
  - Zulassung der Errichtung und des Betriebs der Leitung
  - Zuständigkeit der BNetzA
  - Bindung an Trassenkorridore aus der Bundesfachplanung
  - Bedarfsfestlegung im Bundesbedarfsplangesetz

VI. Beschleunigungsgesetzgebung (Überblick)



VII. Materiell-rechtliche Anforderungen

Einhaltung zwingenden materiellen Rechts

Insbesondere

- Immissionsschutzrechtliche Vorgaben
  - „Elektrosmog“ (EMF)
  - „Koronageräusche“ (Lärm)
- Naturschutzrechtliche Vorgaben
  - Naturschutzrechtliche Eingriffe
  - Auswirkungen FFH-Gebiete
  - Wirksamkeit von Kompensationsmaßnahmen (“Ökokonten”, “Flächenpools”)

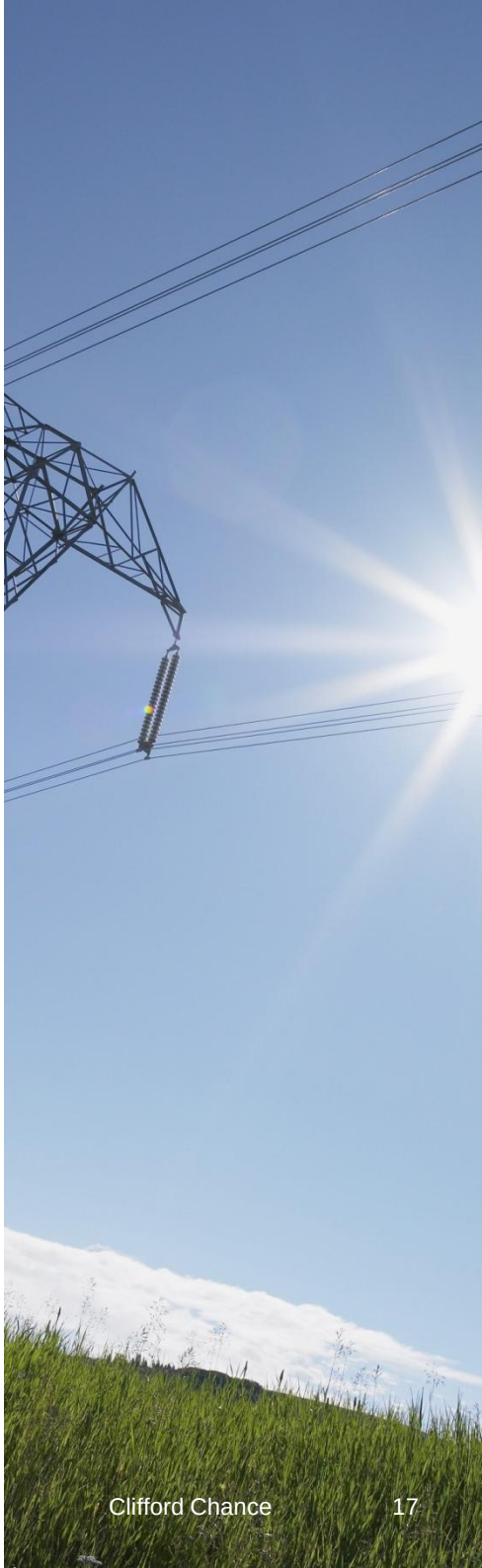
➡ Hier liegt maßgebliches Verzögerungspotential!

VIII. Abwägungsentscheidung

- Abwägung sämtlicher Belange

Beispielsweise:

- Wirtschaftliche Einbußen
- Eingriffe in Natur- und Landschaft
- Flächenverbrauch, insbesondere auch privater Flächen
- Optische Beeinträchtigungen
- Auswirkungen auf Naherholung, Tourismus etc.



IX. Zuletzt: Inanspruchnahme von Grundstücken

- Privatrechtliche Einigung über Flächeninanspruchnahme

➡ Sicherung in der Regel durch Eintragung von beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten

Oder:

- Zwangsweise Flächeninanspruchnahme durch Enteignung, § 45 Abs. 1 EnWG

➡ Der Planfeststellungsbeschluss hat enteignungsrechtliche Vorwirkung, § 45 Abs. 2 EnWG

Zur schnellen Durchführung des Vorhabens:

- Vorzeitige Besitzeinweisung schon während des PFV möglich, § 44b Abs. 1a EnWG
- Vorzeitiges Enteignungsverfahren schon während des PFV möglich, § 45 b EnWG

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!